

20. DEZ. 1961



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/286 - 20. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Gedanken zum Tag der Friedensbotschaft

56

Von Professor Dr. Carl Schmid  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

3 - 4

"Jesus Christus - das Licht der Welt"

90

Weltkirchenversammlung 1961 in Indien  
Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann MdB  
Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche  
in Deutschland

5 - 6

Es kam alles ganz anders

66

Erntäische Rentner  
Von Konrad Schayer

7 - 8

Ben-Gurion's politische Meditationen

16

Begegnung zwischen Volkstribun und Philosophen  
Von Inge Deuteckmann

\* \* \*  
\* \*

Gedanken zum Tag der Friedensbotschaft

Von Professor Dr. Carlo Schmid  
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Das Christfest ist das Fest der Freude, dass nun die Adventsaufführung sich erfüllt. An diesem Tage und für diesen Tag streuen die Menschen ihre Wünsche aus: Wünsche für die Verwandten; Wünsche für ihre Freunde; Wünsche für ihre Nachbarn und Wünsche für den "Nächsten" und auch Wünsche für sich selber.

Dieses Wünschen zur Weihnachtszeit ist nicht das leichtfertige, verträumte oder gierige Wünschen, das uns sonst gelegentlich befüllt. Es ist ein Wünschen, in das wir uns gerne mit unserem Eigenen hineinsetzen möchten. Wir verspüren den Drang, selbst etwas dafür zu tun, dass diese Wünsche in Erfüllung gehen möchten - und wissen doch, dass ausser den grossen und kleinen Dingen, die wir uns schenken können, mit denen wir uns ein wenig Freude zu bereiten vermögen, wir für uns allein ausserstande sind, ausschliesslich mit der Kraft des einzelnen, das den Menschen zu bringen, wonach sie sich am meisten sehnen: die Erfüllung der Weihnachtsbotschaft "Friede auf Erden".

Wenn es eine Möglichkeit gäbe, mit den Mitteln moderner Meinungsbefragung um den ganzen Erdball herum zu ermitteln, was die Menschen sich in diesem Jahre zumeist und aus den tiefsten Tiefen ihrer Herzen heraus wünschen - ich bin sicher, es wären die drei Worte "Friede auf Erden"! Wie gerne möchte jeder einzelne dazu beitragen, dass die frohe Botschaft in Erfüllung gehen möge, und wie nachlos fühlen wir uns angesichts der Mechanik der Kräftefelder der Macht, die das Schicksal unserer Welt bestimmen!

Wir, die wir in Demokratien leben, können auf unsere Regierungen einwirken, sich der Gewaltenwendung zu enthalten, selbst dann, wenn unserem Volke ein Lebensrecht mit Gewalt vorenthalten wird. Aber in

den totalitär regierten Ländern - drüben, jenseits des "Eisernen Vorhangs", jenseits der Schandmauer, wo die Landvögte nicht einmal den Anblick der Dächer des Weihnachtsbaums mehr zu ertragen vermögen - sind die Menschen - gerade jene, die guten Willens sind - bloße Objekte dessen, was ihre Gewaltkaber unter der Staatsraison oder dem Gebote, den "Auftrag der Geschichte zu erfüllen", verstehen. Sie sind machtlos; sie können nur hoffen und beten.

Auch wir sind auf Hoffnung angewiesen, auf die Hoffnung, dass jene Machtkaber in Moskau, in Peking, und wo es auch sein möge, ihre Interessen eher in einer Welt des Friedens gewahrt sehen möchten als in Kriegen oder in einer Politik, der die Drohung mit der Atomombe als das probateste Mittel erscheint, immer neue vollendete Tatsachen zu schaffen und deren Anerkennung zu erzwingen.

Aber wir müssen über dieses bloße Hoffen hinaus - weil wir das Glück haben, in einer Demokratie zu leben - auf unsere Regierung einwirken, von sich aus nichts zu unternehmen und nichts zu veranlassen, was auf der anderen Seite Vorwände schaffen könnte für Taten, die die Weihnachtsbotschaft zunichte machen könnten. Dazu gehört nicht nur die Bereitschaft, über das zu reden, was durch ein Gespräch - zur rechten Zeit, unter den richtigen Partnern - geregelt werden könnte. Dazu gehört auch Festigkeit und die Entschlossenheit, nicht in die Knie zu gehen, wenn drüben mit dem Säbel gerasselt wird.

Vor ruhiger Festigkeit hat schon mancher verknüpflich geworden. Der Frieden bewahrt nur, wer den anderen nicht durch Schwäche in die Versuchung führt, es mit der Gewalt zu versuchen.

Wir können doch nicht in einer Welt leben wollen, in der die Alternativen zu einem Frieden in Ehren der Kalte Krieg oder die Unterwerfung unter die permanente Gewalt sind!

Daran dürfen, daran müssen wir auch am Tag der Friedensbotschaft denken.

"Jesus Christus - das Licht der Welt"

Von Dr. Dr. Gustav W. Heinemann MdB,

Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

In aller Welt begeht die Christenheit in diesen Tagen das Fest der Geburt ihres einen Herren Jesus Christus. Dieses Fest gehört zu den verbindenden Stücken bei sonst so großer Mannigfaltigkeit ihrer kirchlichen Prägungen. Die Christenheit ist sich bewußt, daß sie eine Kirche sein sollte. In ihrer fast 2000jährigen Geschichte aber hat sie sich oft gespalten und drängt jetzt nach stärkerer Einheit.

Im Jahre 1054 schieden sich orthodox-orientalische Christenheit (Byzanz) und lateinisch-abendländische Christenheit (Rom). Das 16. Jahrhundert brachte die Spaltung im Abendland zwischen Rom und den Kirchen der Reformation einerseits und den Anglikanern andererseits. 1870 trennten sich anlässlich des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit die Altkatholiken von Rom. Theologische und andere Gründe politischer oder persönlicher Art waren bei alledem nicht selten in einer schwer zu trennenden Weise am Werke.

Nach bahnbrechender Anstößen durch einzelne Kirchenmänner und vorbereitenden Konferenzen in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts trat mit der Weltkirchenversammlung von Amsterdam 1948 die ökumenische Bewegung recht eigentlich auf den Plan. Sie hat inzwischen ihren Weg über Evanston (USA) 1954 zur 3. Weltkirchenversammlung in Neu-Delhi (Indien) fortgesetzt. Was ist über diese letzte, am 5. Dezember d.J. abgeschlossene Konferenz zu sagen?

Die Wahl der indischen Hauptstadt als Tagungsort dokumentiert, daß christliche Kirche nicht nur in Europa oder in Amerika sondern überall in der Welt zu Hause ist. In Indien besteht sogar eine der ältesten, auf den Apostel Thomas zurückgeführte Kirche, die ähnlich wie die Koptische Kirche in Abessinien lange abseits von der Entwicklung in Europa gelebt hat. Vor allem aber bezeugt der Gang der 3. Weltkirchenversammlung nach Asien das steigende Gewicht der sogenannten jungen Kirchen, welche aus der Mission der alten Kirchen allenthalben in der Welt erwachsen sind und nun mit der politischen Selbständigkeit der afrikanischen und asiatischen Völker sich auch kirchlich zu selbständigen Kirchen entwickelt haben. In Delhi wurden in Zuge dieser Entwicklung der Internationale Missionsrat und der Weltrat der Kirchen miteinander verschmolzen und unter anderem allein dreizehn afrikanische Kirchen neu aufgenommen.

Besonderes Aufsehen hat der Eintritt der Orthodoxen Kirchen von Rußland, Rumänien, Bulgarien und Polen zum Weltrat der Kirchen erregt. Die Gruppe der orthodoxen Kirchen hat damit ihre entscheidende Vervollständigung erfahren, nachdem zunächst nur die Orthodoxen

aus Griechenland und dem Orient an der ökumenischen Bewegung beteiligt waren. Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß die orthodoxen Kirchen aus den Ostblockstaaten ihren Beitritt nicht ohne Billigung der politischen Mächte vollziehen konnten und daß sich für den Weltrat der Kirchen aus dem verstärkten Gewicht der Orthodoxie neue Probleme ergeben. Höchst abwegig aber ist es, wenn die katholische Herder-Korrespondenz anlässlich der Aufnahme der Orthodoxen Kirche von Rußland in den Weltrat der Kirchen u.a. Niemöller, Gollwitzer, Kloppenburg und nicht als Kirchenmänner hinstellt, welche auf eine Täuschung über die Lage der Kirche in der Sowjetunion hereingefallen seien und nun die gesamte ökumenische Bewegung auf eine "Lüge der Koexistenz" festzulegen vermocht hätten! Dieser Aufnahme der Orthodoxen Kirche von Rußland haben von 148 in Delhi vertretenen Kirchen nicht weniger als 142 zugestimmt, darunter die Evangelische Kirche in Deutschland durch ihren Ratsvorsitzenden D. Scharf auf Grund einmütigen Votums aller Delegierten. Nicht die Aufnahme der östlichen Kirchen in eine kirchliche Gemeinschaft war Politik, sondern eine Verweigerung dieser Aufnahme wäre Politik gewesen.

Der Weltrat der Kirchen umfaßt nunmehr mit dem Protestantismus in seinen verschiedenen Zweigen, den Anglikanern, den Orthodoxen und den Altkatholiken in wesentlichen alle christlichen Kirchen der Welt mit einer großen Ausnahme, der Römisch-Katholischen Kirche. Während alle dem Weltrat zugehörenden Kirchen ihre Annäherung aneinander durch Begegnung, Aussprache und gemeinsame Handlungen suchen, ohne damit eine Über-Kirche anzustreben, steht die katholische Kirche bislang auf dem Standpunkt, daß es kirchliche Gemeinschaft nur durch Anerkennung ihrer Dogmen und durch Unterwerfung unter die Lehrgewalt des Papstes geben könne. Hier liegt die entscheidende Differenz, die nach aller Wahrscheinlichkeit auch über das angekündigte neue Vatikanische Konzil hinaus bestehen bleiben wird. Zu begrüßen wäre es, wenn wenigstens die Frage der Religionsfreiheit von diesem Konzil befriedigend geklärt würde.

Der Weltrat der Kirchen hat sich in Delhi nicht nur vergrößert sondern vor allem gefestigt. Der Fortschritt gegenüber Amsterdam und Evanston ist für jeden, der die drei Weltkirchenversammlungen erlebt hat, unverkennbar. Vor allem stellen die jungen Kirchen ein sowohl in den theologischen Fragen als auch in den Fragen des kirchlichen Zeugnisses und Dienstes vorwärtstreibendes Element dar.

Delhi stand unter dem Ruf: "Jesus Christus - das Licht der Welt." Dieser Ruf gilt einer Menschheit, in der Kriegsflucht, Massenhaß und Hunger umhertreiben. Er gilt einer Menschheit, in der Millionen ihrer Glieder von einem Aberglauben an Götzen, Geister und heilige Tiere erfüllt sind. Er gilt einer Christenheit, die täglich neu anfangen muß.

Es kam alles ganz anders

Von Konrad Schayer

In diesen Tagen vor dem Weihnachtsfest gibt es bei den Rentnern lange Gesichter. Nur wenige Wochen sind es her, da hörte man, die Regierung würde zu Weihnachten auch an die Rentner denken. In den Zeitungen war zu lesen, daß sich Abgeordnete der CDU/CSU für die Gewährung von Weihnachtsgeld an Rentner einsetzten und bereits entsprechende Gesetzentwürfe vorbereitet hätten. Diesen Worten sind aber keine entsprechenden Taten gefolgt. Die vorbereiteten Gesetzentwürfe wurden nicht eingebracht. Wozu der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Vogel, am vergangenen Mittwoch im Bundestag lakonisch bemerkte:

- \* "Zwischen dem Erwägen von Plänen und dem Einbringen von Gesetzen vorliegt ein erheblicher Unterschied."

Das Sitzungsprotokoll verzeichnet an dieser Stelle "Beifall bei der CDU/CSU". Ob auch die Rentner geklatscht hätten, wenn sie dabei gewesen wären?

"Opfer bringen!"

Wie dem auch sein möge, die Äußerung des CDU-Sprechers hatte schon ihre Richtigkeit. Der recht erhebliche Unterschied zwischen den vorher lautstark verkündeten Worten und den nachher gefällten Entscheidungen war weiß Gott nicht zu überschauen. Anstatt die angekündigten Gesetzentwürfe über die Gewährung von Weihnachtsgeld an die Kriegsoptionäre, die Beziehenden von Unterhaltshilfen nach dem Lastenausgleichsgesetz und die Sozialrentner einzubringen, lehnten es die Regierungsparteien geschlossen ab, Gesetzentwürfe der SPD über die Zahlung von Sonderzuwendungen an Rentner vor Weihnachten auch nur zur Sachberatung zuzulassen. In diesen Anträgen der SPD erblickte Dr. Vogel, der Sprecher der CDU/CSU, wie er unter lautem Beifall der Regierungsparteien wörtlich erklärte, sogar "eine Unterminderung der gemeinsamen Verteidigungsabsichten des deutschen Volkes".

Und er sprach von der Notwendigkeit, "Opfer zu bringen," was den sozialdemokratischen Abgeordneten Geiger zu der treffenden Replik veranlaßte, daß es doch wohl kaum recht sei, ausgehend bei den Rentnern mit dem Opfer zu beginnen.

### SPD-Anträge niedergestimmt

Aber die Stimmmaschinerie der Regierungsparteien funktionierte glänzend. Eins-zwei-drei legte sie die Anträge der SPD über die Verbesserung der Kriegsoffiziersrenten sowie die Gewährung von einmaligen Zuwendungen an Unterhaltshilfebezieher nach dem Lastenausgleichsgesetz und Empfänger von Entschädigungsrenten von der Tagesordnung. Und mit ein-drucksvoller Geschlossenheit lehnten die Koalitionsparteien den SPD-Antrag ab, der die Zahlung von 80.- DM an jeden Rentner vorsah. Nur vier Abgeordnete der CDU/CSU erkielten sich der Stimme. All das ohne Fraktionszwang!

So sind denn die bei den Rentnern geweckten Hoffnungen enttäuscht worden. Es blieb bei der laufenden Anpassung der Bestandsrenten um 5 Prozent. Ein Schritt in Richtung der Gleichbehandlung der Bestandsrenten mit den Neurenten durch Gewährung einer Sonderzahlung in Höhe der Hälfte der ausgefallenen Anpassung, - das entsprach einer zusätzlichen Zahlung in Höhe von 3,3 Prozent der Rente - wurde abgelehnt.

Was die zu niedrigen Renten betrifft, so hatten die Abgeordneten der CDU/CSU auch hierauf eine Antwort. Meinte Thomas Ruf:

- \* "Natürlich sollen die Kinder für die Eltern und die Eltern für
- \* die Kinder sorgen. Das ist eine natürliche Einrichtung, und so
- \* soll es auch in Zukunft bleiben."

### "Öffentliche Fürsorge"

Und der CDU-Abgeordnete Winkelhede sagte, wenn die Rente nicht ausreiche, so wäre dafür die Sozialhilfe, das heißt die öffentliche Fürsorge, zuständig. Das diente denn als Begründung für die Ablehnung des SPD-Antrages zugunsten der Bezieher niedriger Renten.

So fanden sich denn bei der Rentendebatte am vergangenen Mittwoch die alten Gegner der Rentenneuordnung aus den Reihen der FDP und der DF seligen Angedenkens mit ihren Koalitionsefreunden von der CDU/CSU in trauter Eintracht zusammen, um gemeinsam die SPD-Anträge niederzustimmen. Darum gibt es in diesen Tagen vor dem Weihnachtsfest bei vielen Rentnern lange Gesichter.

\* \* \*

Ben-Gurions politische Meditationen

Von Inge Deutschkron

Einen der seltsamsten Staatsbesuche absolviert gegenwärtig Israels Ministerpräsident Ben-Gurion in Burma. Nach Erfüllung der vor dem Gastland üblichen Reverenz zog er sich eine Woche zurück, um über die Philosophie des Buddhismus in genau der Art und Weise aufgeklärt zu werden, wie Buddhisten dies zu tun pflegen. Sein Freund und Gastgeber Ministerpräsident U Nu hat dafür Sorge getragen, daß die Meditationen des in der jüdischen Religionsphilosophie bewanderten Ben-Gurion vorschriftsmäßig geleitet werden.

Es ist kein Zufall, daß sich Ben-Gurion gerade Burma und seinem Dankengut mit solcher Interesse zuwendet. Burma ist der einzige Staat in Südostasien, mit dem Israel freundschaftliche Beziehungen unterhält. Mit Indien gibt es keinerlei Bindungen. Wehr unterließ sie, weil er die Reaktion der Israel feindlichen islamischen Welt fürchtet. Dies schließt aber nicht aus, daß israelische Fachleute auch in Indien Entwicklungshilfe leisten. Ceylon hat die Beziehungen zu Israel abgebrochen, als Frau Bandaranaike nach dem gewaltsamen Tode ihres Mannes die Regierung übernahm. Es geschah zweifellos als Folge des Druckes, dem sie von Masser ausgesetzt war und der Ceylons lebenswichtige Tee-Exporte nach Ägypten in Frage stellte. Die Freundschaft zwischen dem sozialdemokratischen Israel und dem sich auf die gleiche Politik vorbereitenden Kopal wurde durch den Staatsstreich des Königs und die Verhaftung des rechtmäßig gewählten Ministerpräsidenten B.P. Kodrala auf formelle Erfüllung reduziert.

Die guten Beziehungen Israels zu Burma haben sich in einer Vielzahl von Hilfsaktionen Israels für das Entwicklungsland Burma niederschlagen. Israelische Fachleute führen die Burmesen in die technischen Geheimnisse vieler Industriezweige ein. Burmesen lernen in israelischen Gemeinschaftssiedlungen, wie man gemeinschaftlich arbeitet und lebt. Schließlich hat diese sich über sieben Jahre erstreckende Zusammenarbeit zwischen den Staatsmännern der beiden Staaten freundschaftliche Beziehungen wachsen lassen. Und dies, obgleich die beiden - U Nu und Ben-Gurion - ganz verschiedener Herkunft sind und sich auch in ihrem Wesen voneinander unterscheiden. Während Ben-Gurion eine Art Volkstribun ist, erscheint U Nu als Philosoph. Beide haben jedoch tiefe moralische Prinzipien, die



sie in ihrer Staatsführung zum Ausdruck bringen, und nach denen sie ihre Völker lenken möchten. Und beide haben sich in ihrer Laufbahn eine gewisse Zeit vom Regieren zurückgezogen, um mit neuer Kraft an ihre schweren Aufgaben gehen zu können. Ben-Gurion verbrachte zwei Jahre im israelischen Wüstenkibbuz Sde Boker, U Nu ging ein Jahr in ein buddhistisches, von der Welt abgeschiedenes Kloster.

Natürlich ist nicht anzunehmen, daß die beiden Staatsmänner während ihres Zusammenseins in Burma die Politik ganz aus dem Spiel lassen. Dazu hat Ben-Gurion zu viele Sorgen. Sein Land ist noch immer vor den umliegenden arabischen Staaten bedroht, und diese Bedrohungen sind heute so real wie vor zehn Jahren. U Nu unterhält zu den arabischen Staaten gute Beziehungen. Am 23. Dezember, kurz nach Ben-Gurions Abreise aus Rangun, tritt U Nu eine Reise nach Kairo an. Die Einladung an U Nu wurde von Nasser während der Belgrader Konferenz der Neutralen ausgesprochen. Anlässlich einer Konferenz also, auf der U Nu mit ungewöhnlicher Energie für Israel eintrat und verhinderte, daß eine Israel als imperialistischen Staat anprangernde Resolution verabschiedet werden konnte. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch die beiden Staatsmänner, U Nu und Nasser, in Kairo über den arabisch-israelischen Konflikt sprechen werden. U Nu dürfte die israelischen Argumente, mit denen Ben-Gurion ihn gestärkt haben wird, bei Nasser anzubringen versuchen.

Es ist nicht unbekannt, daß das Nasser-Regime in Schwierigkeiten ist. Man spricht davon, daß es nach dem Abfall Syriens vor einem Bankrott stehe. Die mit viel Pomp durchgeführte Verhaftung sogenannter Spione in Kairo mag als Symptom dafür gewertet werden, daß Nasser sein Volk von seinen Problemen ablenken muß. Ben-Gurion hat Präsident Nasser schon viele Male die Hand zur Versöhnung entgegengestreckt. Nasser hat sie bisher stets ausgeschlagen. Es steht außer Zweifel, daß U Nu während seines Kairo-Besuches Nasser raten wird, den Konflikt mit Israel aus der Welt zu schaffen. Als Anreiz dafür steht das Hilfsangebot Israels, ähnlich wie Burma auch Ägypten, ja allen arabischen Ländern in ihren Aufbaubestrebungen behilflich zu sein. Es wäre indes falsch zu glauben, U Nu könnte Nasser so ohne weiteres umstimmen. Er könnte ihm jedoch Wege aufzeigen, die zunächst ein friedliches Zusammenleben im Nahen Osten gewährleisten. Der Tag ist in der Tat noch fern, an dem Präsident Nasser die jüdische Religionsphilosophie in Ben-Gurions "Wüsten-Kloster" studiert, und Ben-Gurion den Islam am Heiligen Nil.

\* \* \*